

Wir gestalten unsere Zukunft selbst

1

2 Unser Freistaat Sachsen hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten sehr gut entwickelt. Wir leben
3 im besten Sachsen aller Zeiten. Doch tiefgreifende wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte
4 bedrohen diese Entwicklung. Trotz aller Herausforderungen, denen wir uns bewusst stellen wollen,
5 betonen wir ausdrücklich auch die erreichten Erfolge! Unser Sachsen ist ein Land, auf das wir stolz sind
6 und in dem wir gerne leben.

7 Besonders bei dem demographischen Wandel stehen wir vor großen Herausforderungen: So wächst
8 die Bevölkerung insbesondere in Dresden und Leipzig sehr schnell, während die Bevölkerungszahl im
9 ländlichen Raum besorgniserregend rasant sinkt. Wir müssen uns entschieden, den sich
10 anschließenden Folgeproblemen wie der sinkenden Wirtschaftsleistung und Wertschöpfung im
11 ländlichen Raum, der Dichte von Bildungseinrichtungen, das Fehlen von Mobilitätsangeboten und
12 vielem mehr, stellen. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen überall in Sachsen. Ob in Stadt
13 oder Land, überall in Sachsen muss man ein gutes Leben führen können.

14 Gleichzeitig sehen wir uns durch die digitale Transformation, die über kurz oder lang alle
15 Lebensbereiche eines jeden Menschen in Sachsen, Deutschland und der Welt vollständig durchdringen
16 und verändern wird, gefordert. Es liegt auch und insbesondere an der Sächsischen Staatsregierung, ob
17 es uns gelingen wird, diesen Prozess positiv zu gestalten.

18 Es ist unser Ziel als Junge Union Sachsens, unsere Erfolge zu sichern, den gesellschaftlichen
19 Zusammenhalt im Freistaat Sachsen zu wahren und für unser Sachsen zum Meistern der
20 gegenwärtigen Herausforderungen beizutragen.

21 **Bildung**

22 Gute Bildung ist der Schlüssel für ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben. Daher ist es unser Ziel,
23 jeden Schüler nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten adäquat zu fördern. Nur so kann unsere
24 Gesellschaft und unser Freistaat Sachsen erfolgreich bleiben.

25 Frühkindliche Bildung

26 Wir wollen ein flexibles und adäquates öffentliches Angebot an Kinderbetreuung, das bedeutet
27 flächendeckende Gewährleistung wohnortnaher Versorgung sowie an den Bedürfnissen der Familien
28 ausgerichtete Öffnungszeiten der Kitas.

29 Der Elternbeitrag an den Kitas darf eine angemessene Höhe nicht übersteigen, daher muss der
30 Zuschuss des Freistaates steigen. Eine vollständige Abschaffung der Elternbeiträge lehnen wir ab.

31 Die Kosten für ein verpflichtendes Vorschuljahr in den Kindertagesstätten müssen vom Freistaat
32 getragen werden, um Familien spürbar zu entlasten und allen Kindern eine angemessene Vorbereitung
33 auf die Schulzeit zu ermöglichen. Damit dürfen jedoch keinerlei Abstriche bei der Qualität der Bildung
34 und Betreuung verbunden sein, was eine Anpassung des Betreuungsschlüssels erfordert.

35 Schule

36 Das mehrgliedrige Schulsystem muss erhalten bleiben. Für Schüler mit besonderem Förderbedarf
37 sollten Angebote wie Förderschulen bereitgehalten werden. Eine „Öffnung“ von Oberschulen für diese
38 Schüler darf nicht zu Lasten anderer Schüler sowie der Lehrer erfolgen. Wir wollen keine
39 Gleichmacherei im Bildungssystem!

40 Der Erfolg des sächsischen Bildungssystems hängt maßgeblich von einer Kontinuität ab. Symbolpolitik
41 auf Kosten der Schüler und Lehrer, wie das Abschaffen von Kopfnoten an weiterführenden Schulen
42 oder eine Verlängerung der Grundschulzeit, lehnen wir ab.

43 Doch es bedarf dennoch einiger Verbesserungen. So müssen Oberschulen und insbesondere deren
44 personelle Ressourcen weiter gestärkt werden. Wir wollen einen Ausgleich zur steigenden
45 Akademisierung schaffen. Das geht nur, wenn Oberschulen die gleiche gesellschaftliche Anerkennung
46 wie Gymnasien zu kommt und der praktische Unterricht wie im Fach „Wirtschaft-Technik-Haushalt“
47 sowie Berufsausbildungsangebote auf hohem Niveau gesichert werden.

48 Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, dass die bindende Bildungsempfehlung wiedereingeführt
49 werden sollte. Damit werden Oberschulen gestärkt und Schüler bekommen die beste Bildung
50 entsprechend ihrer Fähigkeiten. Die Durchlässigkeit unseres Schulsystems ermöglicht jedem Schüler,
51 sich entsprechend seiner Fähigkeiten optimal zu entwickeln.

52 Die Stundentafeln und Lehrpläne müssen auch künftig immer wieder in regelmäßigen Abständen
53 evaluiert und neu angepasst werden. Nur so können Unterrichtsinhalte zeitgemäß sein, neue
54 Schwerpunkte gesetzt werden und gleichzeitig eine erträgliche Wochenstundenanzahl für Schüler
55 gewährleistet werden.

56 Zur Entlastung der Schüler und deren Eltern fordern wir einen vom Freistaat Sachsen finanzierten und
57 somit kostenlosen Erste-Hilfe-Kurs im Rahmen des Schulunterrichts. Damit erhalten Schüler die
58 notwendige Qualifikation für die Führerscheinprüfung und werden frühzeitig als Ersthelfer
59 ausgebildet.

60 Wir setzen uns für eine Stärkung der politischen Bildung an den Schulen ein. Deshalb sprechen wir uns
61 dagegen aus, das Fach GK/GRW in der Sekundarstufe II oder Klasse 10 der Oberschulen abwählen zu
62 können und begrüßen den Vorschlag, dass Gemeinschaftskunde bereits ab der 7. Klasse unterrichtet
63 werden soll. Wir würden es begrüßen, wenn den politischen Parteien, die im Bundes- oder im
64 Sächsischen Landtag sitzen, der Kontakt zu den Schülern ermöglicht wird und passende
65 Diskussionsveranstaltungen, unter Beachtung eines ausgewogenen Verhältnisses aller
66 demokratischen Strömungen, eingeführt werden.

67 Außerdem muss auch die Berufsorientierung flächendeckend fester Bestandteil an sächsischen
68 Schulen sein, denn eine gezielte und frühzeitige Berufs- und Studienberatung können unnötige Irrwege
69 vermindern.

70 Berufsausbildung

71 Berufsschulen und allgemeinbildende Schulen im ländlichen Raum müssen erhalten und gestärkt
72 werden! Daher wollen wir weitere Standortkonzentration bei Berufsschulen durch zentrale
73 Berufsschulnetzplanung vermeiden. Nachteile für Auszubildende darf es nicht geben!

74 Wir setzen uns für eine Stärkung der dualen Berufsausbildung ein, denn sie ist die Basis für die
75 Praxiselite von morgen. Hierzu zählt u. a. die Verbesserung der Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit
76 von beruflicher und akademischer Bildung.

77 Jeder Jugendliche soll eine Berufsausbildung abschließen. Wir sprechen uns für mehr Plätze in
78 sonderpädagogischen Einrichtungen aus, in denen eine von schulischen Strukturen unabhängige
79 Entwicklung der Persönlichkeit sowie der Erwerb praktischer Fertigkeiten stattfinden kann.
80 Pädagogische Projekte, die versuchen verhaltensauffällige Jugendliche im besonderen Maß zu fördern,
81 wie das „Produktive Lernen“, gilt es weiter zu fördern und auszubauen.

82 Der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften für bestimmte staatliche Aufgaben wie z.B. Erzieher ist
83 sehr hoch. Daher fordern wir, dass die Ausbildungsvergütung dieser Berufe durch den Freistaat
84 Sachsen gefördert wird.

85 Studium

86 Berufsakademien und Fachhochschulen müssen gestärkt und eine Flächenversorgung gewährleistet
87 werden. Studiengänge sind u. a. in Kooperation mit regionalen Unternehmen bedarfsgerecht
88 auszurichten.

89 Die Abschlüsse von Berufsakademien und Hochschulen haben qualitative Unterschiede. Dennoch muss
90 eine Vergleichbarkeit dieser durch bestimmte Kriterien hergestellt werden. Darüber hinaus fordern
91 wir die Weiterentwicklung der Berufsakademien im Freistaat Sachsen zu Dualen Hochschulen.

92 Ausbildungsticket

93 Unserer Auffassung nach sollen Schüler, Azubis und Studenten durch ein
94 zweckverbandsübergreifendes Ticket in Kooperation mit einem bedarfsgerechten Streckennetz aus
95 Zug, Bus und Sammeltaxis sowie abgestimmten Abfahrtszeiten die Möglichkeit erhalten, sich
96 selbstbestimmt, unabhängig und sicher durch den Freistaat zu bewegen. So kann ehrenamtliches
97 Engagement gestärkt werden, Sportvereine profitieren von mehr aktiven Mitgliedern und viele andere
98 Hobbys sowie ein persönlicher Austausch werden unabhängig vom Wohnort möglich. Auch Eltern

99 werden entlastet, da sie ihre Kinder nicht herumfahren müssen und wissen, dass ihr Nachwuchs sicher
100 unterwegs ist.

101 Weiterbildung

102 Ein wesentlicher Bestandteil des lebenslangen Lernens ist die Weiterbildung. Die direkte finanzielle
103 Förderung durch den Weiterbildungsscheck gilt es fortzusetzen und für alle Arbeitnehmer zu öffnen.
104 Weiterbildungen sollten sich nach den Bedarfen der Betriebe richten. Ein generelles
105 Weiterbildungsfreistellungsgesetz lehnen wir daher ab.

106 Die Junge Union fordert daher:

- 107 • die Einführung eines kostenfreien Vorschuljahres durch Übernahme der Elternbeiträge aus
108 Mitteln des Landeshaushalts
- 109 • den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems und die Wiedereinführung der verbindlichen
110 Bildungsempfehlung
- 111 • die Evaluation der Stundentafeln und Lehrpläne
- 112 • den kostenlosen Erste-Hilfe-Kurs im Unterricht
- 113 • die Aufwertung des Faches „Gemeinschaftskunde“
- 114 • den flächendeckenden Erhalt sowie die Stärkung von Berufsschulen mit einem breiten
115 Ausbildungsangebot und allgemeinbildenden Schulen im ländlichen Raum
- 116 • die Förderung der Ausbildungsvergütung bei Berufen mit staatlichen Aufgaben
- 117 • die Weiterentwicklung der sächsischen Berufsakademien zu Dualen Hochschulen
- 118 • die Einführung eines Ausbildungstickets

119 **Digitalisierung**

120 Die Digitalisierung stellt den größten Transformationsprozess aller Lebensbereiche dar. Wir müssen
121 alles Erdenkliche und Vertretbare tun, um den Anschluss an diese Entwicklung nicht zu verlieren. Daher
122 fordern wir, das Engagement des Freistaates Sachsen unbedingt zu erhöhen. Denn nur wenn wir die
123 Digitalisierung mitgestalten und nicht nur verwalten, werden wir gewinnen.

124 Digitalisierung zur Chefsache machen

125 Digitalisierung muss Chefsache und als Querschnittsaufgabe umgesetzt werden. Daher ist eine zügige
126 Verlagerung des Themas vom Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) in die
127 Zuständigkeit der Sächsischen Staatskanzlei unabdingbar.

128 Die staatlichen Anstrengungen einer flächendeckenden Breitbandversorgung, die sich am
129 internationalen Spitzenniveau orientiert, gilt es weiter zu forcieren. Dafür muss der Glasfaserausbau
130 auf Landkreisebene koordiniert und das Netz in der öffentlichen Hand gehalten werden, um maximale
131 Synergien beim Ausbau zu schaffen und einzelne Infrastrukturanbieter nicht zu bevorteilen. So können
132 die Netze landkreisweit nach und nach in die Fläche gebracht werden, der Betrieb kann in
133 regelmäßigen Abständen neu ausgeschrieben werden und die Einnahmen für den Erhalt und weiteren
134 Ausbau der digitalen Infrastruktur verwendet werden. Denn Glasfaseranschlüsse sind wirtschaftliche
135 Existenzsicherung und ein wichtiger Standortfaktor gleichbedeutend mit der Wasser- und
136 Energieversorgung. So sollte der Freistaat Sachsen mit einer Glasfaser-Prämie den ersten
137 Glasfaseranschluss von kleinen und mittleren Unternehmen direkt unterstützen.

138 Digitale Bildung

139 Das Konzept „Medienbildung und Digitalisierung in der Schule“ liefert viele richtige und wichtige
140 Ansätze für die Schule der Zukunft und zur medienkompetenten Ausbildung der Schülerinnen und
141 Schüler. Dennoch heißt es, darauf zu achten, dass nicht „der eine Weg“ gesucht wird, sondern, dass
142 Digitalisierung vor allem heißt, Dinge auszuprobieren und aus Fehlern zu lernen. Und das sowohl auf
143 Landesebene als auch in jeder einzelnen Schule und sogar Schulklasse.

144 Daher müssen wir ein Netz an Institutionen schaffen (Lehrstühle, Stiftungen, Verbände, Wirtschaft),
145 um unterschiedliche Ansätze testen zu können und sie dann ohne übermäßigen bürokratischen
146 Aufwand in die Schule bringen zu können. So müssen nun aus durchgeführten Pilotprojekten klare
147 Handlungsempfehlungen für den Freistaat abgeleitet werden.

148 Der Freistaat braucht ein praktikables Gesamtkonzept zur digitalen Ausstattung der Schulen. Eine
149 parallele Ausstattung von Print- und digitalen Lehrwerken soll ermöglicht werden. Dafür braucht es
150 einen konkreten Anforderungskatalog an mobile Endgeräte und Lernprogramme. Die
151 medienpädagogischen Zentren sollen die technische Betreuung der Schulen gewährleisten. Das
152 generelle Handyverbot auf dem Schulgelände lehnen wir ab, die Nutzung des Handys im und für den
153 Unterricht sollte ausschließlich dem Lehrer obliegen.

154 Um diese jedoch nutzen zu können, müssen alle Schulen an das schnelle Internet angeschlossen
155 werden und die WLAN-Infrastruktur in den Gebäuden so ausgebaut sein, dass es in den
156 Unterrichtszeiten einwandfrei zur Verfügung steht.

157 Digitale Wirtschaft

158 Zur langfristigen Sicherung des Hightech-Standortes Sachsen ist es nötig, Startups mit Risiko-Kapital zu
159 versorgen. Deshalb schlagen wir die Schaffung eines Venture Capital Funds vor.

160 Unternehmertum und Digitalkompetenz müssen in Schulen und Studieneinrichtungen weiter
161 vorangetrieben werden. Zu diesem Zweck sind neue Professuren für die Themen künstliche Intelligenz
162 und Robotik zu schaffen. Außerdem setzen wir uns für die Stärkung standortübergreifender Initiativen
163 wie futureSax ein, um Studenten und Gründer bei der Umsetzung ihrer Idee zu unterstützen.

164 Zur Förderung von Startups sollte man gemeinsame Bürostandorte und Produktionsstätten schaffen,
165 in denen junge Unternehmen mit günstigen Mieten räumlich wachsen können und leicht Kontakt zu
166 Mittelstand und Konzernen erhalten. Darüber hinaus fordern wir Beratungsgutscheine für
167 Mittelstandsunternehmen, mit dem sie ihr Unternehmen durch einen passenden, branchennahen
168 Partner auf Digitalisierungspotential überprüfen lassen können (drei Beratertage pro Unternehmen).

169 Die Junge Union fordert daher:

- 170 • die Ansiedlung der Zukunftsaufgabe Digitalisierung in der Zuständigkeit der Staatskanzlei
- 171 • die Koordinierung des Glasfaserausbaus auf der Landkreisebene
- 172 • Breitband-Prämie beim ersten Glasfaseranschluss für kleine und mittlere Unternehmen
- 173 • den Anschluss aller Schulen an das schnelle und störungsfreie Internet
- 174 • den Vorzug von tragbaren mobilen Endgeräten bei der Schulausstattung
- 175 • die Auswahlfreiheit der Lehrer ihres digitalen Lehrmaterials mit entsprechender
176 Budgetierung
- 177 • neue KI- und Robotik-Professuren
- 178 • die Stärkung der Gründerzentren an unseren sächsischen Studieneinrichtungen
- 179 • Beratungsgutscheine für mittelständische Unternehmen zur Überprüfung ihres
180 Digitalisierungspotentials“

181 **Starke Wirtschaft**

182 Die sächsische Wirtschaft hat sich in den nahezu drei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung positiv
183 entwickelt. Hierfür verantwortlich sind die sächsischen Unternehmen und ihre Mitarbeiter, die
184 Sächsische Union konnte durch eine verlässliche Wirtschaftspolitik entscheidend daran mitwirken.

185 Doch die Herausforderungen sind nach wie vor groß. Eine abschwächende Investitionsdynamik,
186 zunehmende Bürokratie, infrastrukturelle Defizite und eine sich verschärfende Fachkräftesituation
187 tragen hierzu bei.

188 Die Junge Union Sachsen und Niederschlesien fordert daher, dass der Wirtschaftspolitik in der
189 nächsten Legislaturperiode wieder die zentrale Bedeutung zukommen muss, die sie angesichts dieser
190 Herausforderungen verdient. Nach anderthalb Jahrzehnten Abstinenz gilt es daher das SMWA wieder
191 von der CDU zu besetzen.

192 Stärkung der betrieblichen Innovationskraft

193 Die exzellente öffentliche Forschungslandschaft in Sachsen muss durch gezielte Anreize stärker mit
194 dem regionalen Mittelstand vernetzt werden. So sollte die Förderung öffentlicher Forschungsinstitute
195 konkrete Kooperationen mit Unternehmen in Sachsen berücksichtigen und eine überdurchschnittliche
196 Zusammenarbeit belohnen. So kann unter anderem eine stärkere betriebliche Innovationskraft
197 erreicht werden. Ferner ist die Technologieförderung branchen- und technologieoffen fortzusetzen.

198 Auf Bundesebene muss sich der Freistaat Sachsen nach wie vor für eine mittelstandsorientierte
199 steuerliche Forschungsförderung einsetzen, welche die bestehende Projektförderung ergänzt.

200 Solide Haushaltspolitik als Markenzeichen der CDU

201 Die Sächsische Union stand immer für den verantwortungsbewussten Umgang mit den Geldern des
202 Steuerzahlers. Daher ist es unabdingbar, das Neuverschuldungsverbot konsequent einzuhalten sowie
203 Pensionsrisiken durch Rücklagen adäquat auszufinanzieren. Neben der Sicherstellung der staatlichen
204 Kernaufgaben im Bereich Bildung, Sicherheit und Justiz, wo Personalengpässe beseitigt werden, gilt es
205 dennoch an einer leistungsfähigen und effizienten Verwaltung festzuhalten. Pauschale
206 Personalaufstockungen der öffentlichen Verwaltung lehnen wir ab.
207 Darüber hinaus steht der wirtschaftliche Erfolg des Freistaat Sachsen auch mit einer möglichst hohen
208 Investitionsquote in Verbindung. Daher ist diese auf hohem Niveau fortzuschreiben.

209 Positionierung Sachsen auf Bundesebene

210 Angesichts jährlich steigender Rekordüberschüsse des Bundeshaushalts sollten der
211 Solidaritätszuschlag sowie die kalte Progression zügig und für alle komplett abgeschafft werden.
212 Darüber hinaus muss eine dauerhafte Deckelung der Sozialabgaben bei einer Grenze von maximal 40
213 Prozent mit notwendigen Strukturreformen in allen Sozialversicherungszweigen einhergehen.
214 Leistungsausweitungen darf es nur noch geben, wenn diese über Einsparungen an anderen Stellen
215 gegenfinanziert werden. Sozialpolitische Maßnahmen sollten grundsätzlich aus Steuermitteln
216 finanziert werden.
217 Schließlich gilt es eine innovationsfreundliche Rechtsetzung bei gleichzeitigem Bürokratieabbau
218 konsequent voranzutreiben. Beispielsweise durch eine Weiterentwicklung des Prinzips „one in, one
219 out“ zu „one in, two out“ sowie einer echten Entlastung der Unternehmen von unnötigen Erhebungs-
220 , Dokumentations-, Informations- und Berichtspflichten, durch Vereinfachung der Verfahren.

221 Die Junge Union fordert daher:

- 222 • das SMWA wieder von der CDU zu besetzen
- 223 • eine stärkere Vernetzung des Mittelstandes mit sächsischen Forschungseinrichtungen und
224 damit eine Stärkung der betrieblichen Innovationskraft
- 225 • die Fortschreibung einer hohen Investitionsquote im Landeshaushalt
- 226 • das konsequente Eintreten für Steuerentlastungen und Bürokratieabbau auf Bundesebene
- 227 • die Ablehnung der pauschalen Personalaufstockung der öffentlichen Verwaltung

228 **Verkehr, Bauen und Wohnen**

229 Grundlage zur Sicherung und Ausbau des sächsischen Wohlstandes ist die gezielte Verbesserung der
230 Verkehrsinfrastruktur und die Schaffung einer investorenfreundlichen Gesetzgebung in der
231 Immobilienwirtschaft. Nur so kann Sachsen dem zunehmenden Bedarf einer ausreichend
232 dimensionierten Infrastruktur gerecht werden und bedarfsgerechter neuer Wohnraum entstehen.
233 Der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien setzt sich für die Weiterentwicklung der bestehenden
234 Gesetzgebung im Bund ein. Mit der zielgerichteten Lobbyarbeit im Bund muss für die Änderung des
235 Planfeststellungsverfahrens im Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und der Schaffung einer
236 Bundesbauordnung geworben werden. Zudem setzen wir uns für den Erlass der Grunderwerbsteuer
237 für junge Familien beim Erwerb der ersten selbst genutzten Immobilie ein.

238 Beschleunigte Planstellungsfeststellungsverfahren

239 Das Verwaltungsverfahren der Planfeststellung über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Vorhaben und
240 Infrastrukturmaßnahmen hat sich zu einem schwer von außen zu durchdringenden komplexen
241 technokratischen Machwerk entwickelt. Die in der Vergangenheit vorgenommenen Versuche zur
242 Vereinfachung des Planfeststellungsverfahrens haben nicht die gewünschte Wirkung entfaltet – im
243 Gegenteil. Eine Vielzahl der Bürger bringt für die immer länger andauernden
244 Planfeststellungsverfahren kein Verständnis mehr auf. Der Planungshorizont einzelner infrastrukturell
245 bedeutender Maßnahmen liegt bei mehreren Dekaden. Wirtschaftlich schwache Regionen müssen von
246 einer zeitlich begrenzten allgemeinen beschleunigten Planfeststellung profitieren.

247 Mit der Einführung des Verbandsklagerechts wurde ein Instrument geschaffen, dass nicht direkt
248 Beteiligten – in diesem Fall den Verbänden – die Möglichkeit einräumt die Interessen der Allgemeinheit
249 vertreten zu können. Wir erkennen die Öffentlichkeitsbeteiligung, Interessenabwägung und den
250 Diskussionsprozess als wichtiges Instrument in der Raumordnung an. Allerdings ist seit der Einführung
251 des Verbandsklagerechts eine zunehmende Verhinderungsmentalität zu erkennen – Dialogversuchen
252 mit Beteiligten wird bewusst entgangen. Ein Großteil der Klagen einzelner Verbände sind nicht
253 ansatzweise zu rechtfertigen und verzögern die Planfeststellungsverfahren ins Unermessliche.
254 Wir setzen uns aber für eine konsequente Verbesserung des geltenden Rechtes in allen
255 infrastrukturellen Projekten ein: Gerade in wirtschaftlich schwachen Regionen müssen
256 infrastrukturell bedeutende Projekt zeitnah umgesetzt werden und dürfen sich nicht in den
257 juristischen Mühlen verfangen. Aus diesem Grund bedarf es einer zeitlich begrenzten allgemeinen
258 beschleunigten Planfeststellung in wirtschaftlich schwachen Regionen.
259 Außerdem setzen wir uns für eine umfassende Überprüfung der ausufernde Öffentlichkeitsbeteiligung,
260 im speziellen des Verbandsklagerechts, ein. Der systematischen Behinderung und Verzögerung von
261 bedeutenden infrastrukturellen Projekten durch Verbände muss konsequent entgegengewirkt
262 werden.

263 Verkehrspolitik

264 Die Planungskapazitäten im LASUV müssen ausgebaut werden, denn der Freistaat muss
265 Planungsvorlauf für dringend notwendige Projekte zur Beantragung für den Bundesverkehrswegeplan
266 (BVWP 2030) schaffen.

267 Bei dem Ausbau der Infrastruktur sind folgende Schwerpunkte zu setzen:

- 268 - Die Wiedereinbindung der Region Südwestsachsen in den Schienenfernverkehr. Die Einordnung
269 der Strecke Chemnitz – Leipzig in den vordringlichen Bedarf des BVWP 2030 ist erfreulich, aber die
270 derzeitigen Zeithorizonte sind vollkommen inakzeptabel, insbesondere für eine Region, die als
271 Herzkammer des industriellen Mittelstandes gilt.
- 272 - Beseitigung der Engpässe auf Bundesautobahnen vor allem um die Ballungsräume: Ausbau der A
273 4 zwischen Dresden und Görlitz sowie Dreieck Nossen und Dreieck Dresden Nord und Ausbau der
274 A 72 zwischen Chemnitz und der Landesgrenze zu Bayern.
- 275 - Ausbau von Bundesstraßen insbesondere für die bessere Erreichbarkeit des ländlichen Raumes
276 sowie konsequentes Umsetzen des 30 Minuten-Autobahn-Ziels für sämtliche Regionen Sachsens.

277 Die Angebote des ÖPNV müssen in der breiten Fläche erhalten bleiben und gleichzeitig soll die
278 Attraktivität dieser gesteigert werden. Eine zu diesem Zweck von der Landesebene diktierte
279 Zusammenlegung der einzelnen Zweckverbände in Sachsen lehnen wir jedoch ab. Umso mehr müssen
280 die Landkreise und Zweckverbände konstruktiv mit ins Boot geholt werden und schnellstmöglich
281 gemeinsame Lösung für die Herausforderungen des ÖPNV erarbeitet werden. Kommunale Strukturen
282 müssen gestärkt und nicht geschwächt werden. Außerdem gibt es in Sachsen viele Startups und auch
283 etablierte Unternehmen mit unterschiedlichen Ansätzen für moderne Mobilität, die ihre Expertise
284 gerne zur Verfügung stellen. Wir gehen fest davon aus, dass alle Seiten ein großes Interesse daran
285 haben, Synergien zwischen den Zweckverbänden zu heben und den Menschen vor Ort ein attraktives,
286 zeitgemäßes und günstiges Mobilitätsangebot zur Verfügung stellen zu können.

287 Außerdem fordern wir den Abbau von Bürokratie bei Großraum- und Schwerlasttransporten durch
288 verschiedene Bundesländer, stattdessen sollen Genehmigungen für Transporte zentral und
289 bundesweit einheitlich vergeben werden.

290 Bundesbauordnung

291 Die sächsischen Metropolregionen profitieren seit einigen Jahren vom zunehmenden Zuzug. Allerdings
292 stellt der Zuzug die Regionen vor immer neue Herausforderungen: Der zumeist privat gesteuerte
293 Wohnungsmarkt kann den Bedarf selbst mit größtem Engagement nicht decken. Infolgedessen fehlt
294 es in den pulsierenden Ballungsräumen zunehmend Wohnraum.

295 Eine Hauptursache ist in der unterschiedlichen Gesetzgebung zu suchen: National agierende
296 Immobilienentwickler stehen aufgrund der länderspezifischen Anforderungen bei jedem Bauprojekt

297 vor neuen Herausforderungen. Die Unternehmen begegnen diesen Herausforderungen durch die
298 Schaffung von einzelnen Teilniederlassungen in jedem Bundesland, durch die sich die
299 Planungszeiträume von bedeutenden Immobilienprojekten um mehrere Jahre verzögern. In Folge
300 dessen wird dem freien Markt weniger Wohnraum zugeführt als dieser benötigt.

301 Die Überführung der Musterbauordnung zu einer einheitlichen Bundesbauordnung schafft
302 deutschlandweit gleiche Bedingungen und reduziert gleichzeitig länderspezifische bürokratische
303 Hürden. Der Freistaat Sachsen kann dadurch dezidiert profitieren: Deutschlandweit aktive
304 Projektentwickler müssen dadurch ihre Planungen nicht konstant überarbeiten, wenn sie in neuen
305 Regionen planen wollen, der heimische Markt kann dadurch besonders attraktiv werden. Standards
306 werden bundesweit harmonisiert und vereinheitlicht.

307 Die Junge Union fordert daher:

- 308 • den Erlass der Grunderwerbsteuer für junge Familien beim Erwerb der ersten selbst
309 genutzten Immobilie
- 310 • zeitlich begrenzte allgemeine beschleunigte Planfeststellung in wirtschaftsschwachen
311 Regionen
- 312 • die Abschaffung des Verbandsklagerechtes zur Beschleunigung von
313 Planfeststellungsverfahren
- 314 • die Wiedereinbindung der Region Südwestsachsen in den Schienenfernverkehr
- 315 • zur Entlastung des Straßenverkehrs stärkere Anreize zur Verlagerung des Güterverkehrs auf
316 die Schiene zu schaffen
- 317 • die Beseitigung der Engpässe auf sächsischen Bundesautobahnen durch deren Ausbau
- 318 • den Ausbau von Bundesstraßen zum Erreichen des 30 Minuten-Autobahn-Ziels für sämtliche
319 Regionen Sachsens
- 320 • die Ablehnung einer diktierten Zusammenlegung von sächsischen Zweckverbänden im ÖPNV-
321 Bereich
- 322 • eine einheitliche Bundesbauordnung

323 **Sicher Leben in Sachsen**

324 Wir leben in einem sicheren Land. Jedoch sehen sich die Organe unserer Sicherheitsinfrastruktur mit
325 neuen und immer komplexeren Bedrohungen konfrontiert. Wir wollen auf diese vorbereitet sein und
326 für Recht und Ordnung sorgen.

327 Stärkung der Polizei

328 Die sächsische Polizei verdient unsere Unterstützung. Das bedeutet, dass wir sie in die Lage versetzen
329 müssen, ihrer Aufgabe, dem Schutz der öffentlichen Sicherheit, adäquat nachkommen zu können.
330 Dafür müssen unsere Polizisten gut ausgebildet, aber auch gut ausgestattet sein, sowohl mit Material
331 als auch mit Befugnissen. So fordern wir die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Quellen-
332 Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und lehnen die Kennzeichnungspflicht unserer Beamten im
333 Einsatz entschieden ab. Zudem stehen wir zur Stärkung der Sicherheit für einen weiteren
334 Personalaufwuchs bis 2024 ein.

335 Schnellere Einsatzzeiten im Polizeidienst

336 Im Sächsischen Rettungsdienstgesetz ist die sogenannte Hilfsfrist festgeschrieben. Innerhalb von 12
337 Minuten muss der Rettungswagen nach Alarmierung vor Ort eintreffen. Durch diese gesetzliche
338 Festschreibung wird eine Mindeststandardeinsatzzeit für die gesundheitliche Versorgung der
339 Betroffenen gewährleistet. Die Hilfsfrist ist als Ist-Vorschrift verankert.

340 Im Gegensatz zu den Rettungsdiensten ist die Polizei nicht an eine solche Hilfsfrist gebunden, obwohl
341 ihr Einsatzgebiet mindestens genau so sensibel ist. Die Junge Union Sachsen und Niederschlesien
342 fordert die Einführung einer Hilfsfrist von 15 Minuten für den sächsischen Polizeivollzugsdienst (PVD).
343 Diese Hilfsfrist soll als Soll-Vorschrift realisiert werden.

344 Nur durch die latent bindende Wirkung (gebundene Entscheidung) einer Soll-Vorschrift kann eine
345 höhere Einsatzbereitschaft der Polizei gewährleistet werden. Zur Erfüllung der Vorschrift muss sich die
346 Sächsische Polizei an einem intelligenten Personalmanagement bedienen sowie eine ausreichende

347 Personaldichte gewährleisten. Um unsere Polizeibeamten bei ihren alltäglichen Aufgaben zu entlasten
348 bzw. deren Durchführung zu beschleunigen, gilt es auch hier die Digitalisierung voranzutreiben. Wir
349 fordern daher eine zeitnahe Ausschreibung und Einführung von, für den Polizeivollzugsdienst
350 bestimmten, Auslesegeräten digitaler Daten, wie zum Beispiel für den neuen
351 Bundespersonalausweisen im Chipkartenformat in Verbindung mit der Integrierung bei digitalen
352 Anzeigen, Anträgen, etc.

353 Justiz

354 Das Anforderungsprofil und Aufgabenportfolio der Sächsischen Justiz ist in den vergangenen Jahren
355 vornehmlich gestiegen. Die Belastung der Ermittlungs- und Strafvollstreckungsbehörden hat im Zuge
356 neuer Herausforderungen stetig zugenommen. Im Ergebnis führen diese zu einer überlasteten Justiz.
357 Die Junge Union Sachsen und Niederschlesien möchte aus diesem Grund die Justiz und den
358 Justizvollzug weiter stärken.

359 In den vergangenen Jahren ist vor allem zu beobachten, dass der Justizvollzugsdienst unter einem
360 enormen Nachwuchsmangel leidet. Wir erkennen den wichtigen Dienst der Justizvollzugsbeamten an
361 und fordern die Attraktivierung des Berufes im Allgemeinen, vor allem aber auch für Einsteiger. Für
362 uns kann dieser Forderung nur durch eine leistungsgerechte Bezahlung nachgekommen werden. Wer
363 sich für den Dienst als Justizvollzugsbeamter entscheidet muss angemessen bezahlt werden!

364 Es gibt eine kleine, sehr ernstzunehmende, Gruppe, die 1,3 % der Zuwanderer umfasst, allerdings für
365 50 % der Straftaten unter Zuwanderern verantwortlich ist – sogenannten „Mehrfach-/intensiv
366 tatverdächtige Asylbewerber“ (MITA). Diese kleine Gruppe trägt durch ihre rege Aktivität zu einer
367 verstärkten Auslastung der Justiz bei. Wir fordern deshalb die Einrichtung einer MITA-
368 Sonderstaatsanwaltschaft. Nur durch eine schlagkräftige und zielgerichtete staatsanwaltschaftliche
369 Arbeit kann der Rechtsstaat den MITA entschlossen entgegentreten. Bei abgeschlossenen
370 rechtskräftigen Verfahren muss konsequent abgeschoben werden.

371 Seit Jahren ist aufgrund der vermehrten Wahrnehmung des Rechtsweges eine zunehmende Belastung
372 der Gerichtsbarkeiten festzustellen. Wir fordern deshalb eine konsequente Entlastung unserer
373 Gerichtsbarkeiten, vor allem der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Neue Plan- und Beförderungstellen
374 sowie zuzügliche Leistungsprämien sollen die Personaldichte erhöhen und dem aktuellen Missetand
375 entgegenwirken. Wir wollen neue Rechtsinstrumente schaffen, um die Verfahrensdauern erheblich zu
376 verkürzen.

377 Die Junge Union fordert daher:

- 378 • die Schaffung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und weiterhin die
- 379 Ablehnung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte
- 380 • eine Hilfefrist von 15 Minuten für die Sächsische Polizei als Soll-Vorschrift
- 381 • die zeitoptimierende und arbeitssparende Digitalisierung im Polizeivollzugsdienst
- 382 • eine leistungsgerechte Bezahlung für Einsteiger im Justizvollzugsdienst
- 383 • die Einrichtung einer MITA-Sonderstaatsanwaltschaft
- 384 • neue Planstellen in den Gerichten, vor allem den Verwaltungsgerichten

385 **Pflege und Gesundheit**

386 Die vielfältigen Herausforderungen im deutschen Gesundheitswesen wollen wir in Sachsen gezielt und
387 passgenau für die beteiligten Berufsgruppen, die Patienten und ihre Angehörigen angehen. Es gilt die
388 Probleme, die durch dünne Personaldecken in Stadt und Land entstehen zu lösen und strukturelle
389 Weichen für das Gesundheitswesen der Zukunft zu stellen.

390 Entbindungspflege

391 Wir wollen die Finanzierung der Koordinierungsstelle für Hebammen weiterhin sicherstellen und die
392 Haftpflichtversicherungsproblematik abmildern. Dazu werden wir prüfen, wie Hebammen und
393 Entbindungspfleger bzgl. der sehr hohen Berufshaftpflichtversicherungsbeiträge unterstützt werden
394 können.

395 Wir werden die von der EU beschlossene Akademisierung des Hebammenberufes ebenso, wie die
396 Akademisierung aller anderen Pflege- und Therapieberufe vorantreiben um als Arbeitsmarkt für

397 Hebammen, Pflegekräfte und Therapeuten aus anderen EU-Ländern attraktiver zu werden und dem
398 Personalmangel auch so entgegenzutreten.

399 Gemeindeschwestern

400 Wir wollen die zügige Ausweitung des 2007 gestarteten Projektes "Moderne Gemeindeschwestern" /
401 "Gemeindeschwester AGnES" (arztentlastete gemeindenaher E-Health-gestützte, systemische
402 Intervention) in Zusammenarbeit des sächsischen Staatsministeriums für Soziales (SMS), den
403 Krankenkassen, der KV Sachsen und ggf. erneut der Universität Greifswald. Die Gemeindeschwestern
404 sollen insbesondere in ländlichen Räumen mit Ärztemangel die Versorgung der Patienten verbessern.
405 Langfristig ist eine flächendeckende Versorgung mit Gemeindeschwestern erstrebenswert. Diese
406 sollten dann neben einer Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegekraft oder Arztassistent/-in
407 eine Weiterbildung zur Telegesundheitsschwester/-pfleger / Gemeindeschwester/-pfleger haben oder
408 aber alternativ ein abgeschlossenes Studium zum PhysicianAssistant nachweisen können. Wir wollen
409 prüfen, wie wir interessierte Bewerber bei dieser Qualifizierung unterstützen können.

410 Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) in Medizin und Pflege

411 Um für pflegerisches, wie auch ärztliches, Fachpersonal zeitgemäße Arbeitsbedingungen zu schaffen
412 und Nachwuchsförderung im Gesundheitswesen zu betreiben, befördern wir die notwendigen
413 gesetzlichen Änderungen für Erlaubnis und Vergütung von telemedizinischen Behandlungsmethoden
414 und Dienstleistungen im medizinisch-pflegerischen Bereich.

415 Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel

416 Wir setzen uns für die Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes durch Anpassung der rechtlichen
417 Rahmenbedingungen ein. Hierzu zählen wir vor allem die Regelungen zur selbstverantwortlichen
418 Aufgabenerfüllung durch professionell Pflegende, die Vorschriften zu delegierbaren ärztlichen
419 Aufgaben sowie zur Anordnungsverantwortung und -kompetenz.

420 Zur Gewinnung von mehr Umschülern initiieren wir eine Servicestelle für Umschulungsmaßnahmen
421 unter Federführung der Agentur für Arbeit und unter Mitwirkung der entsprechenden
422 Fachinstitutionen, wie beispielsweise dem Sächsischen Pflgerat oder dem Landespflegeausschuss.
423 Unser Ziel ist es, dass die Prüfungs- und Bearbeitungszeiten von Anträgen auf Anerkennung
424 ausländischer Berufsabschlüsse im Gesundheitswesen bis einschließlich der Erteilung der
425 Berufserlaubnis nicht länger als 3 Monate dauern. Dazu soll geprüft werden, wie das Verfahren der
426 automatischen Anerkennung über den Europäischen Berufsausweis (EBA) auf alle Assistenz-, Pflege-
427 und Therapieberufe ausgeweitet und so erleichtert werden kann, dass medizinische, pflegerische und
428 therapeutische Fachkräfte aus dem EU-Ausland schneller im deutschen Gesundheitswesen arbeiten
429 dürfen.

430 Weg zur Selbstverwaltung der Pflege: Partizipation im Gemeinsamen Bundesausschuss 431 (G-BA) und eine sächsische Pflegekammer

432 Wir erkennen die Eigenständigkeit der Pflege- und Therapieberufe als Professionen an, die mit der
433 Medizin als Partner auf Augenhöhe für das Wohl der Gesellschaft sorgen. Darum setzen wir uns auf
434 Bundesebene dafür ein, dass Vertreter dieser Berufe künftig als Mitglieder im Gemeinsamen
435 Bundesausschuss (G-BA) selbst über Art und Umfang der von ihnen erbrachten Leistungen
436 mitverhandeln können.

437 Außerdem wollen wir eine Kampagne entwickeln, die die Chancen der beruflichen Selbstverwaltung in
438 Pflege- und Therapieberufen bewirbt und den Weg zu einer sächsischen Pflegekammer weiter ebnet.

439 Die Junge Union fordert daher:

- 440 • die zügige Ausweitung des Projektes "Moderne Gemeindeschwestern" /
441 "Gemeindeschwester AGnES" mit weiteren Perspektivmöglichkeiten
- 442 • die Erlaubnis und Vergütung von Telemedizin
- 443 • eine Servicestelle für Umschulungsmaßnahmen
- 444 • die Prüf- und Bearbeitungszeit von Anträgen auf Anerkennung ausländischer Abschlüsse auf
445 maximal 3 Monate festzulegen
- 446 • die berufliche Selbstverwaltung in Pflege- und Therapieberufen intensiver zu bewerben

447 **Ökologie, Landwirtschaft, Energie**

448 Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind zentrale Zukunftsthemen und werden künftig weiter an
449 Bedeutung gewinnen. Die JU setzt sich aktiv für einen breitere gesellschaftliche und politische Debatte
450 über Naturschutzthemen aus einer unideologischen Sichtweise ein. Auch die aus der Geschichte
451 gewachsenen, großflächigen Agrarunternehmen, legen ihren Fokus zunehmend auf Naturschutz und
452 dabei möchten wir sie unterstützen.

453 Nachhaltigkeit: Gelebte bürgerliche Tugend

454 Nachhaltigkeit darf kein Thema sein, das geleitet von Ideologien seine Bedeutung entfaltet.
455 Nachhaltigkeit ist eine Frage von Generationengerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und des
456 wirtschaftlichen Erfolgs. In dieser gegenwärtigen und zukünftigen Bedeutung, aber auch Dringlichkeit,
457 sehen wir ökologisches und nachhaltiges politisches Handeln mit Augenmaß als Primat christlicher
458 Verantwortung. Wir schätzen Sachsens vielfältige und artenreiche Flora und Fauna und wollen, dass
459 die Älteren in dieser zufrieden altern, die Jungen in dieser gesund leben und die nächsten
460 Generationen noch erleben können. Um ökonomisch wettbewerbsfähig und innovativ zu sein, werden
461 wir die Bewahrung unserer Natur, den Erhalt der ökologischen Diversität und die nachhaltige und
462 erneuerbare Nutzung von Ressourcen in den Fokus unseres politischen Kompasses rücken. Hierbei
463 sehen wir gerade in bei der jungen Generation eine besondere Verantwortung, ebenso wie eine
464 besondere Relevanz. Um unsere Zukunft zu gestalten, müssen wir über Nachhaltigkeit und die
465 Bewahrung unserer Natur konzentriert nachdenken und handeln!

466 Ganz nah dran: Sachsen soll summen und surren

467 Neben einer Begründung und der damit einhergehenden Sensibilisierung wollen wir den Schutz und die
468 Hege von Insekten, insbesondere Wildbienen, forcieren. Gerade in Anbetracht gefährdeten
469 Bienenarten in Sachsen und im Wissen, dass mehr als drei Viertel unserer Nutz- und Zierpflanzen auf
470 Blütenbesucher wie Bienen angewiesen sind, ist der Schutz gerade von Bienen ein wichtiger Aspekt
471 auch im Hinblick auf unsere Zukunft. Hierbei hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
472 nukleare Sicherheit bereits Vorschläge erarbeitet. Wir fordern, dass diese Vorschläge und Maßnahmen
473 nach Prüfung und Erarbeitung eines sachsenweiten Programms zum Schutz von Insekten im Freistaat
474 zur Anwendung kommen. Hierbei soll Augenmaß walten und betroffene Akteure am Dialog beteiligt
475 werden. Ein solches Programm soll Maßnahmen für Stadt und Land umfassen. Insbesondere fordern
476 wir die Bienenmortalität wirksam zu reduzieren, sowie Lebensstätten und Nisthabitate zu erhalten,
477 pflegen und entwickeln. Weiterhin sollen Nahrungsquellen geschützt und bereitgestellt werden.
478 Hierfür sollen auch spezielle regionale Schutzmaßnahmen, wie der Einsatz von Pestiziden, das partielle
479 Offenlassen aktuell genutzter Sandgruben, Frei- und Brachflächen, längeres Stehenlassen von
480 Totholzbeständen, der Erhalt von kleineren Abbruchkanten und Steilwänden, die Förderung des
481 kontrolliert-ökologischen Weinbaus und die gezielte Kultivierung von pollen- und nektarreichen
482 Gewächsen in öffentlichen Grünanlagen überprüft werden. Die Beachtung und Anwendung solcher
483 Maßnahmen sollen zum Ziel haben, dass Bienen, aber auch Insekten allgemein, Bedingungen
484 vorfinden, die ihren Populationsbestand erhalten und wirksam schützen können. Bei der Überprüfung
485 ist darauf zu achten, welche Einzelmaßnahmen im jeweiligen Raum anwendbar sind und langfristig
486 zum Erhalt der Bienen- und Insektenpopulation dienen. Des Weiteren wollen wir bei der Vergabe von
487 öffentlichen Aufträgen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung mit Hilfe von
488 Fortbildungsangeboten sensibilisieren, stärker als bisher auf den nachhaltigen Konsum zu achten.

489 Nachhaltig gebildet: Umweltpädagogische Angebot

490 Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien fordert die oben beschriebenen Maßnahmen mit einem
491 Bildungsprogramm zu koppeln. Einerseits in Schulen und Kindergärten, aber auch insgesamt für die
492 gesamte Bürgerschaft. Hierbei soll es das Ziel sein, eine größtmögliche Vielfalt an
493 umweltpädagogischen Angeboten zu sammeln und anzubieten. Neben klassischen Bildungsprojekten
494 fordern wir auch das Aufstellen von Informationsschildern an geeigneten Städten, wo über die dort
495 vorkommenden, gefährdeten und nützlichen Insekten aufgeklärt wird und auch Handreichungen zum
496 Insektenschutz gegeben werden. Im Rahmen dessen soll generell geprüft werden, wie und mit welchen

497 umweltpädagogischen Möglichkeiten Naturräume für Bildungszwecke zugänglicher gemacht werden
498 können, insbesondere, um junge Menschen für das Thema Nachhaltigkeit und Biosphärenschutz zu
499 sensibilisieren. Im Gesamtkontext soll vor allem darauf geachtet werden, dass auch der Nutzen der
500 Insekten für den Menschen vermittelt wird, um eine Brücke zwischen Theorie und Praxis zu schlagen.
501 Eine Werbekampagne zum Schutz der Insekten soll auf Durchführbarkeit und Nutzen geprüft werden.
502 Hierfür würde sich besonders das Jahr 2020 als Abschlussjahr der UN-Dekade Biologische Vielfalt
503 anbieten.

504 Nachhaltige Wirtschaft

505 Eine zunehmende Zahl sächsischer Unternehmen, welche sich in diesem Sinne wirtschaftlicher und
506 umweltfreundlicher aufstellen, organisieren und entwickeln wollen, begrüßen wir ausdrücklich. Mit
507 gutem Beispiel voranzugehen sollte sich aus unserer Sicht lohnen und deshalb fordern wir eine
508 einmalige Auszahlung in Form einer Prämie für diese Unternehmen. Diese kann und sollte vor allem
509 auch den klein- und mittelständischen Unternehmen Sachsens zu Gute kommen, die ihre Waren direkt
510 vermarkten und ihre Lieferketten möglichst kurzhalten. Gerade für Milchbauern kann die Vermarktung
511 von Roh- und pasteurisierter Milch ab Hof oder in lokaler Umgebung ein gutes 2. Standbein werden
512 und den Druck durch die Großmolkereien lindern. Die dazu anzuschaffende Technik (Milchautomat,
513 etc.) ist allerdings sehr teuer und lohnt sich momentan vor allem für große Genossenschaften. Wir
514 fordern deshalb, die besondere Berücksichtigung solcher lokalen Konzepte bei der
515 Fördermittelvergabe.

516 Für eine nachhaltige Landwirtschaft!

517 Zum einen fordern wir die Förderung der Biodiversität auf den Äckern. Durch vielfältige Kulturen statt
518 Monokulturen wird dem zunehmenden Bodenfraß entgegengewirkt. Zum anderen tragen auch
519 unendlich große Äcker der Bodenerosion bei.
520 Ergänzend sollen Landwirte einen finanziellen Ausgleich für die Schaffung von Grünstreifen, die sich
521 entlang der Straßen und zwischen den Feldern erstrecken erhalten. Durch diese kann der
522 Bodenerosion konsequent entgegengewirkt werden.

523 Gezielte Förderung

524 In der Vergangenheit hat sich oft gezeigt, dass die für die Landwirtschaft bereitstehenden
525 Förderprogramme unzureichend den Bedarf vor Ort erfassen. Eine Evaluation der bestehenden
526 Programme mit einer pragmatischen Auslegung ist zwingend notwendig. Wir fordern eine
527 Expertenkommission mit Vertretern aus der Landwirtschaft, der Politik und der Verwaltung zur
528 zielgesteuerten Evaluation der aktuellen Förderprogramme auf.
529 Wir fordern den Freistaat Sachsen auf sich auf Europäischer Ebene für eine Deregulierung der sehr
530 engen Kontrollkriterien insbesondere des ELER einzusetzen. Gleiches gilt für die Sächsischen
531 Kontrollinstanzen. Ein konstruktives Miteinander muss den Leitgedanken einer nachhaltigen
532 Landwirtschaft prägen.

533 Energiepolitik

534 Die deutsche Energie- und Klimapolitik ist integraler Bestandteil einer auf die Schaffung von
535 Vollbeschäftigung und gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland ausgerichteten
536 Wirtschaftspolitik. Für den Freistaat Sachsen bleibt die Braunkohle als wichtigster heimischer
537 subventionsfreier Energieträger noch für Jahrzehnte unverzichtbarer Garant industrieller
538 Wertschöpfung und Versorgungssicherheit. Die Erfüllung der internationalen Klimaverpflichtungen
539 Deutschlands ist mit den Revierkonzepten der Lausitz und des mitteldeutschen Reviers kompatibel.
540 Um den bis zur Mitte des Jahrhunderts erforderlichen Umbau der sächsischen Energieversorgung
541 erfolgreich meistern zu können muss die Strukturentwicklung in der Lausitz aktiv und unter Beteiligung
542 der Region gestaltet werden. Insbesondere der Bund steht dabei in der Pflicht, Planungssicherheit und
543 rechtliche wie ökonomische Rahmenbedingungen zu verbessern, damit die heute durch die
544 Braunkohle gewährleistete industrielle Wertschöpfung erhalten und neue, qualitativ hochwertige
545 Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe geschaffen werden können.
546 Um Wachstum und Beschäftigung in der Lausitz zu stärken werden wir die noch immer bestehenden
547 Infrastrukturnachteile v.a. bei Mobilität und Internet beseitigen und attraktive Bedingungen für private

548 Investoren schaffen. Wir setzen dabei auf eine aktive und vitale Braunkohlenindustrie als stabile Säule
549 der regionalen Wertschöpfung, auf die Aktivierung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen
550 Potentiale sowie auf Clusterbildungen. Die länderübergreifende Entwicklung bestehender industrieller
551 Standorte und die Sektorübergreifende Kooperation (Power-to-X) ist für uns von besonderer
552 Bedeutung. Wir fordern das Landesamt für Statistik auf, validere und vor allem aktuellere Statistiken
553 im Bereich Wirtschaft und Energie aufzubereiten.

554 Für Neuanlagen der Erneuerbaren Energien sollte die EEG-Förderung eingestellt werden, da auch im
555 Energiesektor endlich marktwirtschaftliche Prinzipien gelten müssen. Außerdem muss die Preisspirale
556 der Stromkosten nach oben durchbrochen werden. Insofern ist die Abschaffung der Stromsteuer
557 notwendig, da sie eine zusätzliche Belastung zur EEG-Umlage darstellt und ihre zweckfremde
558 Verwendung zur Finanzierung der Rentenkassen beendet werden sollte.

559 Die Junge Union fordert daher:

- 560 • die Erarbeitung eines Insektenschutzplans mit geeigneten Maßnahmen und anschließend
561 deren Umsetzung
- 562 • die Konzeption und Umsetzung einer breit angelegten Informationskampagne zum Thema
563 Nachhaltigkeit und Insekten-, im Speziellen Bienenschutz
- 564 • die Berücksichtigung lokaler Konzepte bei der Vergabe von Fördermitteln
- 565 • die Förderung der Biodiversität und die Ermöglichung von Ausgleichszahlungen bei der
566 freiwilligen Schaffung von Grünstreifen
- 567 • die Einsetzung einer Expertenkommission zur Evaluation von landwirtschaftlichen
568 Förderprogrammen und die Deregulierung bei den Kontrollinstanzen und -kriterien
- 569 • die Strukturentwicklung in der Lausitz unter Beteiligung der Region aktiv zu gestalten
- 570 • die Abschaffung der Stromsteuer

571 **Für unsere Gesellschaft - Für Sachsen**

572 Engagement für das Gemeinwohl, spielt in unserer heutigen Gesellschaft eine wichtige Rolle und ist
573 die Stütze unseres Zusammenlebens. Der Freistaat profitiert von dem Verdienst eines jeden
574 Menschen, welcher mitgestaltet. Und das in verschiedenen Bereichen. Sport, Soziales, der
575 Brandbekämpfung, der Menschenrettung oder auch in vielen anderen Bereichen gestalten diese
576 aktiven Menschen mit.

577 Unsere Gesellschaft profitiert davon und ein geordnetes Miteinander funktioniert auch nur genau
578 deswegen. Vielerorts erkennen wir die Helfer erst, wenn wir sie benötigen, sei es in Katastrophen, wie
579 das THW oder der Katastrophenschutz oder wenn es um eine Gefahr für Leib und Leben geht, so kann
580 man sich auf die professionelle Arbeit des Rettungsdienstes verlassen. Auch dort gestalten
581 ehrenamtlich engagierte Personen mit und sind ein großer Zugewinn für den Freistaat.

582 Alle, die unserer Gesellschaft etwas geben, anstatt nur von ihr zu profitieren, sind ein Vorbild für uns
583 und leisten hervorragende Arbeit!

584 Ehrenamtliche Helfer

585 Rechtlich betrachtet, sind jedoch ehrenamtlich Engagierte benachteiligt, gegenüber den
586 hauptamtlichen Kräften. Das ist nicht hinnehmbar. In §61 Abs. 3 Sächsisches Gesetz über Brandschutz,
587 Rettungsdienst und Katastrophenschutz steht den aktiven Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren
588 und Aktiven, welche sich im Katastrophenschutz engagieren, eine Freistellung seitens der Arbeitgeber
589 zu, wenn sie während der Arbeitszeiten oder Dienstzeiten Einsätze erhalten, Übungen und Aus- sowie
590 Fortbildungen absolvieren. Dies gilt jedoch nicht für die ehrenamtlichen Helfer, welche ihre Freizeit für
591 unser aller Gemeinwohl opfern. Ihnen steht keine Freistellung seitens der Arbeitgeber zu. Dabei hat
592 man relativ häufig bereits verfolgen können, dass die Zahl der Einsätze, welche durch Ehrenamtliche
593 getragen werden auch relativ häufig ist. Diese reichen in einem großen Spektrum von Betreuung bis
594 hin zur Rettung von Menschen. Rechtlich werden sie nur im Fall einer Katastrophe freigestellt und
595 erhalten Lohnersatzansprüche. Dabei ist der Begriff der „Katastrophe“ dehnbar und trifft keineswegs
596 immer auf die teils schwierigen Szenarien zu, in welchen jedoch viele Kräfte benötigt werden. Beispiele
597 für diese wären das Zugunglück von Eschede oder das Busunglück von der A9. Aber auch jegliche

598 Szenarien im Freistaat, welche von Evakuierungen reichen, bis hin zu Bombendrohungen und
599 potenziellen Anschlägen. Ein Notfall oder ein größeres unglückliches Ereignis verlangt von Vielen
600 unheimlich viel ab. Daher ist es sinnvoll auch ein überwiegendes Maß an Einsatzkräften und
601 Freiwilligen aufstellen zu können, damit man dieser Gefahr Herr werden kann. Beginnend von den
602 Mitgliedern der Schnellen-Einsatzgruppen des THW aber auch Hundeführer zum Aufspüren von
603 Vermissten oder anderweitige Mitglieder und Helfer. Eine solche Ausnahmesituation verlangt ein
604 unglaubliches Maß an Personal und Mitteln.

605 Daher fordern wir als Junge Union Sachsen und Niederschlesien eine Freistellung auch ehrenamtlicher
606 Helfer im Fall eines sogenannten Großschadensereignisses, ebenfalls zum Zweck der Fort- &
607 Weiterbildung aber auch zu Übungen. Damit kann die öffentliche Sicherheit gewährleistet und die
608 Lage schnell unter Kontrolle gebracht werden sowie die fachliche Expertise erweitert und ausgebaut
609 werden. Dies soll im Gesetzestext des SächsG über BRK verankert werden und wir fordern ebenfalls
610 für die Helfer eine finanzielle Entschädigung, welche durch den Zeitraum ihres Fehlens entsteht, von
611 mindestens 60% der eigentlichen Arbeitsleistung. Denn Engagement für die Gesellschaft darf nicht in
612 Benachteiligung enden.

613 Vereine stärken – Planungssicherheit schaffen

614 Vereine brauchen eine Planungssicherheit. Daher müssen Projekte noch vor dem Projektstart bewilligt
615 und Gelder zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen, dass der Landeshaushalt so gestaltet wird, dass
616 zugesagte Mittel frühzeitig bewilligt und ausgezahlt werden.

617 In der aktuellen Förderlandschaft muss mit jedem Antrag eine neue Idee verbunden sein. Wir wollen
618 das Fördergesetz auf Stetigkeit abstellen, weil sehr gute Projekte eine Fortsetzung verdienen. Daher
619 sollte es neben der modellhaften Förderung auch möglich werden, sehr gute und bewährte Projekte
620 erneut in Förderprogramme aufnehmen zu können.

621 Jugendbeteiligung jetzt!

622 Junge Menschen wollen sich engagieren. Es gibt schon viele Möglichkeiten, wie sich Jugendliche für
623 die Gesellschaft einsetzen. Unser Ziel ist, dass sich junge Menschen noch mehr mit ihrer Region
624 identifizieren und nach dem Schulabschluss dort ihre Zukunft aufbauen.

625 Wir wollen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitgestaltung geben. Daher fordern wir,
626 mehr junge Menschen zu beratenden Bürgern zu berufen und dies in §47a "Beteiligung von Kindern
627 und Jugendlichen" der Sächsischen Gemeindeordnung zu verankern.

628 Die Junge Union fordert daher:

- 629 • mehr Wertschätzung für das Ehrenamt, insbesondere für Rettungskräfte, THW und
630 Katastrophenschutz
- 631 • die Freistellung auch ehrenamtlicher Helfer sowie eine finanzielle Entschädigung,
632 festgeschrieben im SächsBRKG
- 633 • die frühzeitige Bewilligung und Auszahlung von zugesagten Mitteln an Vereine
- 634 • die Jugendbeteiligung in der Sächsischen Gemeindeordnung zu verankern